Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1340, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 435. Halle, Sonnabend, den 17. September 1921. **Einzelpreis 30 Pfg.**

Nach dem Rechtsbruch der Wortbruch.

Vorgestern, am 15. September, sollte laut Beschluß des Obersten Rates die Aufhebung der über Deutschland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen erfolgen. Diese beschlossene und feierlich versprochene Aufhebung ist nicht erfolgt. War schon die Verhängung der Sanktionen mit dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar und so eine beinahe kriegerische Handlung, so entfiel für diese Maßnahmen doch jeder der vorgebrachten fadenscheinigen Gründe, als Deutschland das Londoner Ultimatum annahm.

Darum beschloß nach der Oberste Rat, die Sanktionen am 15. September aufzuheben.

Waren sie doch mit der ausdrücklichen Motivierung beschlossen worden, daß durch die Erklärung des Außenministers Dr. Simons in London Deutschland sich weigere, seine finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu erfüllen. Die Behauptung einer solchen Weigerung konnte nach Annahme des Ultimatums mit keinerlei Scheingründen mehr aufrechterhalten werden.

Dennoch versah der Oberste Rat seinen Beschluß mit 2 Bedingungen: Deutschland sollte bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt haben und seine Einwilligung zur Schaffung eines „Interalliierten Ausschusses für die Erteilung von Aus- und Einfuhrgenehmigungen für das besetzte Gebiet" geben.

Deutschland hat die Goldmilliarde pünktlich entrichtet, und es hat seine Einwilligung für die Schaffung jenes Ausschusses erklärt.

Jetzt kommt Frankreich und will darüber hinaus Deutschland zwingen, auch einer ganz bestimmten handelspolitischen Regelung mit Frankreich zuzustimmen.

Das bedeutet gegenüber dem klaren Beschluß des Obersten Rates einen neuen Rechtsbruch unerhörtester Art!

Die französischen Einwendungen sind nach keiner Richtung hin stichhaltig. Das Weiterbestehen der Sanktionen schädigt Deutschland wirtschaftlich in ungeheurem Maße, und eine Rückwirkung auf seine Reparationsfähigkeit muß unausbleiblich sein, wenn die andern Mitglieder des Obersten Rates nicht umgehend auf die Durchführung des Beschlusses dringen.

Die französische Behauptung, daß Deutschland Frankreich in der Einfuhr benachteilige, ist Unsinn. Man kann natürlich keinen Menschen in Deutschland zwingen, französische Waren zu kaufen. Es mag sein, daß angesichts der französischen Erdrosselungspolitik in den deutschen Konsumentenkreisen ein Widerwille gegen französische Produkte eingetreten ist. Aber eine solche Stimmung hätte sich Frankreich durch seine kurzsichtige Haßpolitik selber zuzuschreiben. Es kommt jedoch hinzu, daß Frankreich fast ausschließlich Luxuswaren exportiert, von denen Deutschland so wenig wie möglich hereinlassen darf, wenn es nicht seine Erfüllungsfähigkeiten erheblich vermindern will.

Es kann natürlich gar nicht daran gedacht werden, das Wiesbadener Abkommen zu ratifizieren, wenn der neueste feindliche Wortbruch nicht umgehend wieder gutgemacht wird.

Die Beschaffung der Goldevisen.

Berlin, 16. Septbr. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen, die zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Hochfinanz und der Industrie vor einigen Tagen über die Beschaffung der Goldevisen begonnen haben, werden, wie wir hören, fortgesetzt, und es steht zu hoffen, daß sie zu einem guten Ergebnis gelangen werden. Allerdings sind noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Diese sind, wie wir erfahren, von zweierlei Art. Die ersten sind politischer Natur. Es handelt sich darum, ob die Sozialdemokratie in der Frage der Erfassung der Goldwerte der Industrie gegen entsprechende Leistung und Opfer der Industrie und Bankwelt Entgegenkommen zeigt. Wie wir hören, herrscht bei der Industrie die Ansicht vor, daß die außerordentlichen Anstrengungen, die die Durchführung des Planes bedingen würden, mit einer umfangreichen Beteiligung der Industrie an den Regierungsgeschäften erwidert werden müßten. Es handelt sich dabei natürlich um einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, also um die Schaffung des sogenannten Blocks von Scheidemann bis Stresemann, da ja die Deutsche Volkspartei von allen politischen Parteien diejenige ist, die die meisten Vertreter der Industrie und Hochfinanz in sich vereinigt. Die weiteren Schwierigkeiten sind wirtschaftlicher Natur. Wie wir hören, sollen von verschiedenen Seiten, ganz besonders von seiten der rheinischen Industrie, gewisse Bedenken darüber vorgebracht worden sein, wie es der Industrie ermöglicht werden solle, die unumgänglich notwendigen Rohstoffe im Auslande zu besorgen, wenn sie ihren persönlichen Kredit der Reichsregierung zur Verfügung stellt. Diese Frage scheint in der Tat wichtig genug zu sein, um geklärt werden zu müssen. Allerdings glauben wir sagen zu können, daß die Anregung des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit ausländischen finanziellen und wirtschaftlichen Kreisen erfolgte. Vornehmlich in Holland, aber auch in anderen Staaten soll nach unserer Information eine solche Fühlungnahme bereits erfolgt sein. Der ausschlaggebende Gedanke bei der Aufstellung des Projekts war der, daß die deutsche Industrie und die Finanzwelt in der Lage sind, im Auslande Kredite zu erhalten, wogegen es der Reichsregierung bisher noch nicht gelungen ist, einen Kredit von Staat zu Staat zu erhalten. Die vielen Kreditangebote, die nicht allein von den verschiedensten europäischen Staaten, sondern auch aus den Vereinigten Staaten bei deutschen Großbanken und industriellen Unternehmungen eingelaufen sind, haben zu dem Plan geführt, Anleihen, die der deutschen Industrie und Hochfinanz im Wege des privaten Kredits geboten werden, dem Reiche zugute kommen zu lassen. Obwohl hierbei, wie bereits gesagt, noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind, darf man hoffen, daß die Verhandlungen zwischen den interessierten Wirtschaftskreisen und Parteien sowie der Reichsregierung in nicht allzulanger Zeit beendet werden können. Es sind Bestrebungen im Gange, auch die Landwirtschaft bei der von den Banken und der Industrie eingeleiteten Hilfsaktion mit heranzuziehen. Es handelt sich bei der geplanten Bereitstellung von Sachwerten nach den bisherigen Plänen nur um eine Anleihe, deren Höhe noch nicht feststeht, nicht aber um einen Uebergang in das Eigentum des Reiches, wobei immerhin Bedenken darüber geäußert werden, daß das Reich diese Valutaschuld später bei ungünstiger Entwicklung der deutschen Währungsverhältnisse nur unter großen Schwierigkeiten abzutragen vermöchte.

Loucheur rechnet mit Deutschlands Bankerott.

Paris, 16. Sept. Gestern nachmittag hielt Loucheur der Finanzkommission der Kammer einen zweistündigen Vortrag über das Wiesbadener Abkommen mit Rathenau. Der Presse wird man kein offizielles Kommuniquee übergeben. Matin glaubt aber zu wissen, daß Loucheur, ehe er die Frage selbst behandelte, seine Kollegen vor allen Indiskretionen warnte, da das Uebereinkommen noch nicht definitiv sei. Erstens habe weder Deutschland noch Frankreich es ratifiziert, und außerdem seien seine Verhandlungen mit dem Vertreter Deutschlands noch nicht völlig zu Ende. (Eine Ratifizierung durch Deutschland kommt so lange nicht in Frage, als die Sanktionen nicht aufgehoben sind.) Loucheur soll auf eine Anfrage erklärt haben, er habe sich bei seinen Verhandlungen stets von dem Hintergedanken leiten lassen, daß Deutschland möglicherweise Bankerott machen könne. Wenn aber dieser Fall einträte, werde Frankreich die Zollkontrolle über Deutschlands Ein- und Ausfuhr übernehmen. Loucheur erklärte ferner, das Wiesbadener Abkommen sei sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von Belgien sehr günstig aufgenommen worden. England habe sich bisher grundsätzlich zwar dieser Politik feindlich gezeigt, es scheine aber, daß es heute, nachdem es besser unterrichtet sei und vor allen Dingen, nachdem es ebenfalls einen Bankerott Deutschlands fürchte, sich einer Garantiepolitik anschließen werde.

*

Wahrhaftig: Loucheurs Aeußerungen sind um so interessanter, als die allen Recht widersprechende Nichtaufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen beweisen, daß die Entente nur unter französischem Einfluß alles tut, um ihrerseits den Bankerott Deutschlands nach Möglichkeit zu befördern. Die Offenherzigkeit Loucheurs muß es der deutschen Regierung nahelegen, sich die großen Sachleistungen für den französischen Wiederaufbau, soweit sie die vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands übersteigen, gut zu überlegen, so lange die Sanktionen nicht restlos beseitigt sind. Denn niemand kann von Deutschland verlangen, und es wäre auch kaufmännisch unzulässig daß es die künftige Konkursmasse gerade zugunsten des Gläubigers schädigt, der es hauptsächlich in den Konkurs getrieben hat.

Keimzellen der Gegenrevolution?

Nach einer kleinen Anfrage, die der demokratische Landtagsabg. Riedel an das preuß. Staatsministerium richtet, scheint der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. sich zur Hochburg der verfassungsfeindlichen Reaktion auszubauen. Nicht nur werden von den meisten Schul- und Justizbehörden alle als Republikaner oder Demokraten bekannten Personen zurückgesetzt, höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte geben bei der gesellschaftlichen Boykottierung verfassungstreuer Handwerker und Kaufleute und bei der gesellschaftlichen Aechtung verfassungstreuer Personen den Ton an, Organe der inneren Verwaltung fördern wissentlich oder unwissentlich die auf gewaltsamen Umsturz hinzielenden Bestrebungen.

Im Kreise Königsberg (Neumark) ist der seitherige kommissarische Landrat Flehn von der verfassungsfeindlichen Opposition unter Führung des Kreisdeputierten von der Osten verleumdet und im wahrsten Sinne des Wortes „hinweggeekelt" worden und diesem Herrn von Osten ist während des Sommerurlaubs des Landrats die Vertretung anstelle des demokratischen Kreisdeputierten Securius übertragen worden. Nach der Anfrage Riedels haben die Justizbehörden ein Strafverfahren Flehns gegen seine Verleumder monateland über Gebühr verschleppt. 60 Schußwaffenschlösser, die abzuliefern, aber verschwunden waren, haben sich nach der Landratsstellvertretung des Herrn von der Osten plötzlich im Landratsgebäude in Königsberg vorgefunden. Herr von Ifsland, der Pächter der Domäne Neudamm, mußte am 5. September wegen Transportes mehrerer 100 Granaten in Schutzhaft genommen werden. Riedel fragt weiter an, ob dem Staatsministerium bekannt ist, daß die Regierung in Frankfurt dem Landrat Flehn wiederholt geraten hat, er solle doch im Kampfe gegen die verfassungsfeindliche Opposition nicht seine besten Mannesjahre opfern.

Der Humor der Angelegenheit liegt darin, daß der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. Mehrheitssozialist ist. Er ist aber offenbar viel zu gutmütig, um dem verfassungswidrigen Verhalten vieler ihm unterstellten Verwaltungsorgane den notwendigen Widerstand entgegensetzen zu können.

Abg. Delius über die Feinde der Republik.

Gelegentlich des Landesparteitags in Bückeburg, an welchem Reichstagsabgeordneter Delius am Sonntag als Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion teilnahm, machte er in einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung in Stadthagen über die politische und wirtschaftliche Lage Ausführungen, die großen Beifall auslösten. Insbesondere kam er auch auf die jüngsten innerpolitischen Vorkommnisse zu sprechen.

Es sei im höchsten Grade bedauerlich und zeuge von sehr wenig Verantwortlichkeitsgefühl, daß in dem Augenblick, wo das morsche deutsche Haus unter dem Ansturm der Entente weiteren Belastungen ausgesetzt wird, wo die Regierung nach Kräften bestrebt ist, das Ultimatum zu erfüllen, rechts und links eine wüste Hetze gegen Verfassung und Regierung betrieben wird.

Wenn der Mord an Erzberger die schon zu lange zögernde Regierung zum Eingreifen veranlaßte, so billigt die demokratische Reichstagsfraktion dieses Vorgehen. Die Sprache der Radikalen überschreite schon längst das zulässige Maß.

Auch die Demokratie kann keine zügellose Freiheit zugestehen.

Im demokratischen Staate setzen die weitgehenden Freiheiten einen besonders hohen Grad von Verantwortlichkeit voraus; die Freiheit des Einzelnen habe eine Grenze am Wohl der Allgemeinheit zu finden. In Wesen der Demokratie liege Gerechtigkeit nach allen Seiten. Deshalb müsse das Vorgehen der Regierung sich gegen alle Feinde des Staates gleichmäßig richten. Die Linksradikalen dürfen keinen Freibrief ausgestellt bekommen. Sie sind doch ebensowenig Schützer des Staates wie die Rechtsradikalen. Als offene Gegner der demokratischen Rechtsrepublik sind sie auch entsprechend zu behandeln.

Es kommt jetzt in dieser schwierigen Lage des Reichs alles darauf an, nicht den Anschein eines einseitigen Vorgehens zu erwecken. Das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise zur Republik würde sonst erschüttert werden. Die Regierung müsse deshalb alles tun, um die Vergewaltigungen, die in den letzten acht Tagen vorgekommen seien, in Zukunft durch strenge Bestrafung der Uebeltäter unmöglich zu machen. Die Linksradikalen, die jede Freiheit für sich in Anspruch nehmen, haben kein Recht, harmlose Veranstaltungen zu stören. Auf der anderen Seite sollten Ueberpatrioten im Rechtslager alles vermeiden, um noch mehr Zündstoff anzuhäufen.

Die Demokratische Partei als Partei der Mitte habe die Aufgabe, aufzuklären und zur Versöhnung zu mahnen. Wenn wir nicht aus der Atmosphäre der Verhetzung herauskommen, geht Deutschland nicht unter dem Druck der Feinde, sondern am eigenen Unverstand seiner Bevölkerung zugrunde.

Ueberführung der Münchener Verhafteten nach Offenburg.

Alle in München verhafteten Personen werden nach Abschluß der hiesigen Vernehmungen nach Offenburg, in das dortige Untersuchungsgefängnis transportiert werden. Von dem Offenburger Landgericht wird auch das Strafverfahren wegen Beihilfe und Mitwisserschaft am Morde eingeleitet werden und die dortigen Geschworenen werden über das Verbrechen zu urteilen haben.

Wie Schulz und Tillesen ermittelt wurden.

Es ist interessant, zu erfahren, wie die Spur auf Tillesen und Schulz geführt wurde. Bei den Erhebungen die die Kriminalbeamten in Griesbach und Oppenau vornahmen, meldete sich auch ein junges Mädchen, das gesehen hatte, wie die beiden als Mörder Erzbergers in Betracht kommenden Männer Schriftstücke zerrissen und die Fetzen in einen Bach geworfen hatten. Dieser Bach wurde ganz vorsichtig abgelassen, und man fand an einem Wehr tatsächlich beschriebene Papierschnitzel, die zusammengesetzt wurden und aus denen man Briefe mit einer vollen Adresse erkannte. Diese Adresse war die Münchener Adresse von Schulz und Tillesen gewesen. Man hatte hier mit einem Male die Namen und die Wohnung der Mörder. Unabhängig be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210917013/fragment/page=0001

von hat aber ein Kriminalbeamter bei der Schriftenvergleichung die Schrift des einen Mörders unter den Anmeldungen der Teilnehmer am Landwirtschaftlichen Lehrkursus in Regensburg gefunden. Auf diese Weise kam man von zwei ganz verschiedenen Seiten und selbständig geführten Ermittelungen auf die gleiche Spur.

Die preußische Grundsteuer.

Wie die „Dena" an zuständiger Stelle erfährt, wird dem preußischen Staatsrat im Laufe des heutigen Tages der Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen (Grundsteuer) zur Beschlußfassung zugehen.

Gestützt auf amtliche Angaben, ist die „Dena" in der Lage, zu diesem wichtigen Gesetzentwurf noch folgende Mitteilungen machen zu können: Der preußische Staatshaushalt, der schon im Jahre 1920 mit einem gewaltigen Fehlbetrag abschloß, weist in dem Vorschlag für 1921 einen solchen von 2360 Millionen Mark auf. In dieser Finanznot bleibt dem preußischen Staat, wenn er nicht auf die Erfüllung wichtiger sozialer und kultureller Aufgaben verzichten will, nur übrig, Einnahmen aus der Grund- und Gebäudesteuer auch für sich in Anspruch zu nehmen. Die Grund- und Gebäudesteuer war seit der Miquel'schen Finanzreform den Gemeinden zur ausschließlichen Ausschöpfung überlassen. So schwer der Entschluß für den preußischen Staat ist, nunmehr auch seinerseits aus derselben Quelle zu schöpfen, so muß er doch diesen Weg beschreiten, auf den das Reich die Länder in dem Landessteuergesetz verwiesen hat und den fast alle anderen deutschen Staaten schon früher eingeschlagen haben. Der Gesetzentwurf läßt zwar den Gemeinden das ihnen im Kommunalabgabengesetz gegebene Recht der Erhebung von Zuschlägen zu der staatlich veranlagten Steuer, wie auch das Recht des Erlasses eigener Grundsteuerverordnungen. Aber da die Ergiebigkeit der Quelle nicht unbegrenzt ist, wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Einnahmen der Gemeinden daraus durch den gleichzeitigen Zugriff des Staates unter Umständen erheblich eingeschränkt werden. Der Gesetzentwurf bringt keine endgültige Regelung der Grundvermögensteuer, doch ist die Vorbereitung einer wirklich organischen Neuregelung dieses steuerlichen Problems durch ein endgültiges Gesetz bereits in Angriff genommen. Die Veranlagung zur Grundsteuer war in den 60er und 70er Jahren erfolgt und ist seitdem nicht mehr erneuert worden, bei der Gebäudesteuer war die letzte Revision in den Jahren 1908—09 ausgeführt worden. Der Entwurf sieht deshalb als vorläufige Besteuerungsgrundlage die Wertermittlung nach dem preußischen Ergänzungssteuergesetz vor, die letztmals für den Veranlagungsabschnitt 1917—19 im Winter 1916—17 erfolgt ist. Die Ergänzungssteuer erscheint vor allem deshalb geeigneter zur Besteuerungsgrundlage wie die Grund- und Gebäudesteuer, weil sie auch die landwirtschaftlichen Betriebsmittel in den Kreis des Grundvermögens einbezogen und weil sie die Steuerobjekte nach wirtschaftlichen Einheiten erfaßt hat. Die bei der letzten Veranlagung zur Ergänzungssteuer ermittelten Werte sollen der neuen Steuer nicht unverändert zu Grunde gelegt werden, sondern es soll dem inzwischen infolge der Geldentwertung und Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse gestiegenen Geldwert dieser „Realwerte" in der Weise Rechnung getragen werden, daß „bis auf weiteres" bei den land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken das Dreifache, bei den übrigen Grundstücken das Eineinhalbfache des letzten Ergänzungssteuerwertes angenommen wird. Der Entwurf sieht, ausgehend von dem 10 vom Hundertsatz der Kapitalertragssteuer, eine Belastung vom 10 v. H. des Ertrages der Grundstücke vor. Die Steuer soll deshalb (unter Annahme einer 4%igen Verzinsung des Objektes) 4 vom Tausend des Wertes betragen. Berechnungen haben ergeben, daß bei dem städtischen Hausbesitz die Friedensmieten durch die neuen Steuern mit etwa 10 v. H. belastet werden, während für den landwirtschaftlichen Besitz die Belastung durchschnittlich auf den Morgen 4,40 Mk., bei den am wenigsten ergiebigen Böden 2,80 Mk., bei der ertragsreichsten 9,60 Mk. ausmacht. Der Ertrag der Steuer ist auf 948 Millionen Mark veranschlagt. An diesem Aufkommen sollen die land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke mit rund 450 Millionen Mark, die übrigen, d. h. Miethäuser, Eigenwohnhäuser, gewerbliche Grundstücke, Bauplätze usw. mit etwa 492 Millionen Mark beteiligt sein. Mit der Verwaltung der Steuer sollen die Kataster-Aemter beauftragt werden, die zu Zwecken der Grundsteuerveranlagung zu Steuerausschüssen ausgebaut werden. Das voraussichtliche Steueraufkommen deckt den Fehlbetrag des Haushaltplanes für 1921 noch nicht zur Hälfte. Die Deckung des übrigen Fehlbetrages erhofft man von einem erhöhten Aufkommen aus den Reichssteuern, an denen der preußische Staat beteiligt ist.

Der Braunschweiger Ton.

Die Braunschweiger „Freiheit" veröffentlicht folgenden Briefwechsel:

Der Braunschweiger Richterverein.

Braunschweig, den 6. Sept. 1921.

Herrn Abg. Oerter, hier.

Nach einem Berichte der „Oberweser-Volkszeitung" haben Sie in einer Versammlung in Holzminden am 1. d. M. gesagt: „Eine der stärksten Stützen der Reaktion ist die Justiz. Man sehe sich jetzt wieder den Fall des Zähnrichs Oltwig v. Hirschfeld an. Nicht eine Gerechtigkeitspflege ist unsere heutige Justiz, sondern eine Dirne des Kapitalismus. Wir müssen einmal endlich Schluß damit machen."

Wir wünschen von Ihnen eine Erklärung darüber zu erhalten, ob diese Wiedergabe der Zeitung zutreffend ist und sehen einer Mitteilung darüber binnen zwei Tagen entgegen.

Braunschweig, den 6. September 1921.

Der Vorstand des Braunschweigischen Richtervereins.
gez.: Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst.

Nachstehend die Antwort des Genossen Oerter:

Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst.

Mein Herr!

Ihr Schreiben vom 6. September 1921 ist bei mir eingelaufen. Sie gestatten mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ton und Form Ihrer Anschrift in keiner Weise den Gepflogenheiten gesellschaftlichen Anstandes entsprechen. Mag sein, Herr Oberlandesgerichtsrat, daß Sie eine schlechte Kinderstube gehabt haben, Sie hätten aber immerhin Gelegenheit nehmen können, den Mängeln Ihrer Erziehung abzuhelfen. Es mag auch sein, daß Sie geflissentlich die Formen gesellschaftlichen Anstandes außer acht ließen. In diesem Falle ist diese Ueberhebung ein Zeichen innerer sittlicher Mängel.

Wenn ich Ihnen trotzdem auf diesem Wege auf Ihr Schreiben eine Antwort erteile, so geschieht dies lediglich, weil ich hoffe, daß meine Nachsicht Sie zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Formen in Ihrem Briefverkehr und zu dem einfachsten Anstand erzieht.

Ich erkläre Ihnen also, daß ich in der Versammlung in Holzminden gesagt habe:

„Unsere heutige Justiz ist eine Dirne des Kapitalismus."

Aus dieser Aeußerung geht allerdings eine besondere Wertschätzung unsrer heutigen Justiz nicht hervor. Ich muß Ihnen, Herr Oberlandesgerichtsrat, zugleich sagen, daß die Art und Weise, wie Sie Ihre Anfrage an mich richteten, mir auch keine besondere Wertschätzung einzelner Richter, besonders des Herrn Vorsitzenden des Braunschw. Richtervereins abnötigen.

Ergebenst Ihr
Sepp Oerter.

Wie sagte doch der Hildesheimer Landrichter vor nicht allzu langer Zeit? „In Braunschweig scheint ein sonderbares Tönchen zu herrschen!"

Außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung.

W.T.B. Berlin, 16. Sept. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von 1425 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar stiegen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Fette von 1688 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; ferner: Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Kohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriestoffe zusammen von 1763 auf 1834.

Die außerordentliche Steigerung der Großhandelsindexziffer gegenüber dem Vormonat ist zunächst hervorgerufen durch die geldwirtschaftlichen Vorgänge, die im Anschluß an die dem Feindbunde geleistete 1 Milliarde-Goldmark-Zahlung eingetreten sind und die gleichzeitig eine gewisse Wiederbelebung der industriellen Erzeugung und damit der Nachfrage nach Rohstoffen nach sich zogen. Vor allem aber ist die Ziffer beeinflußt durch die freien Getreidepreise, die erstmalig im August neben den Umlagepreisen an Stelle der bisher künstlich niedriggehaltenen Getreidepreise zu berücksichtigen waren. Die Preislage der deutschen Volkswirtschaft erhält jetzt die auch auf dem Weltmarkte bestehende Struktur, die durch den überragenden Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber demjenigen der Industriestoffe gekennzeichnet ist.

Um die Besatzungskosten.

Paris, 16. Sept. Wie die „Chicago Tribune" meldet, sollen die alliierten Regierungen beschlossen haben, in der ersten oder zweiten Oktoberwochen in Brüssel eine Konferenz zur Besprechung der Besatzungskosten abzuhalten. Die amerikanische Regierung habe die Einladung zur Teilnahme bereits angenommen.

Eine „Studienreise".

Paris, 16. Sept. Wie der „Excelsior" meldet, wird der Ministerpräsident in der nächsten Woche einen Parlamentarier, einen Spezialisten in Wirtschafts- und Finanzfragen, mit einer Studienreise nach Deutschland betrauen. Für diese Mission ist der Abg. de Lasteyrie in Aussicht genommen.

Zusammenschluß des Deutschtums in Polen.

Grzl. Lodz, 16. Sept. Die Zusammenkunft der Abgeordneten der deutschnationalen Verbände von Kongreßpolen, die in Warschau stattfand, hatte die Einberufung einer allgemeinen Tagung der Deutschen in Polen für Anfang September nach Lodz beschlossen. Diese Tagung hat am Sonntag und Montag stattgefunden. Etwa 7000 Personen nahmen daran teil, darunter 600 Gäste und Abgeordnete aus anderen Gebieten Polens. Deutsche aus Polen, Pomerellen, Galizien, dem ehemaligen österreichisch-Schlesien, und Wolhynien waren neben Deutschen aus Kongreßpolen vertreten. Eine einstimmig angenommene Entschließung protestiert mit entschiedener Form gegen die Nichteinhaltung der Versprechungen, die der deutschen Minderheit gemacht worden sind, wodurch zugleich das im Anschluß an den Vertrag von Versailles von Polen unterzeichnete Abkommen zum Schutz der Minderheiten gebrochen worden ist. Die Entschließung fordert von den Bevollmächtigten der deutschen Organisationen, daß sie nicht nur die polnische Regierung, sondern auch die Völker über die tatsächlichen Mißstände unterrichten und diese Autoritäten veranlassen, grundlegende Aenderungen herbeizuführen. Eine zweite Entschließung, die die Tagung annahm, erörtert die jetzige Notlage des polnischen Staates und gibt dem Ultrachauvinismus der bisherigen polnischen Regierungen die Hauptursache an der jetzigen Notlage des polnischen Staates und sieht in dem Ultrachauvinismus der bisherigen polnischen Regierung die Hauptursache der allgemeinen Zerrüttung. Die Entschließung bittet sodann die Mitbürger polnischer Nationalität, ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß nur eine solche Regierung gebildet werde, die sich von einem derartigen Chauvinismus künftig fernhält. Ein sehr wesentlicher Erfolg der Tagung besteht vor allem darin, daß sämtliche Provinzialorganisationen des Deutschtums in Polen sich zu einem einheitlichen Bund der Deutschen in Polen zusammengeschlossen haben. Dieser Bund repräsentiert einen Bevölkerungsteil von rund 2½ Millionen Einwohnern des neuen polnischen Staates.

Gegen die nationalen Vorurteile.

Genf, 16. Sept. Eine große Anzahl japanischer Gesellschaften, darunter die japanische Gesellschaft für den Völkerbund, die Gesellschaft für die internationale Erziehung, der japanische Frauenbund für den Frieden und mehrere andere Vereinigungen, denen sich auch einzelne höhere Persönlichkeiten des japanischen Heerwesens zugesellen, haben an den Präsidenten des Völkerbundes ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem die Einrichtung eines internationalen Erziehungsrates angeregt wird. Seine Hauptaufgabe soll die Prüfung und Kontrolle der Schulbücher sein, da kein wirklicher Friede möglich sei, wenn nicht aus den Schulbüchern wie überhaupt aus der Erziehung der Völker die nationalen Vorurteile verschwinden.

Zur Lage zwischen Oesterreich und Ungarn

teilt die „Tribuna" mit, sie habe sich nach den in diplomatischen Kreisen vorliegenden Meldungen trotz der festen Haltung der Botschafterkonferenz verschlechtert. Man wisse nicht, welche Zwangsmaßnahmen die alliierten Regierungen gegen Ungarn beschließen werden. Immerhin könne gesagt werden, daß die Absicht der Entente dahingehe, wenigstens zurzeit ein unmittelbares Eingreifen der kleinen Entente zu vermeiden, das sich zu einem wahren Kriege in Mitteleuropa entwickeln könnte.

Die Sinnfein-Krisis.

London, 16. September. Die unerwartet ernste Krise in den Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern bildet das Hauptthema der Presse. „Daily Chronicle" zufolge hatte man nach der Veröffentlichung der Antwort de Valeras gleich den Eindruck, daß eine Lage von möglicherweise tragischem Ernst geschaffen sei. Lloyd George, der an Erkältung leidet, beruft angesichts der Krise eine Konferenz nach Inverneß ein, an der die Minister teilnehmen, die Mitglieder des Kabinettsrats sind, der Vollmacht erhielt, die Irenfrage zu behandeln.

„Daily Chronicle" schreibt, die eigentlichen Drahtzieher hinter Sinnfein seien die unversöhnlichen Iren in Amerika. Es bestehe kein Zweifel, daß die überwältigende Mehrheit in Südirland für die Annahme des Angebots der britischen Regierung sei. Lloyd George habe den Sinnfeinern noch einige Tage Wartepause gelassen. Das Blatt fragt, weshalb die Sinnfeinerführer nicht eine Volksabstimmung veranstalteten, wenn sie geltend machen, daß ihre Wahlversprechen sie verhindern, das Angebot der britischen Regierung anzunehmen. Kein Plebiszit würde die Antwort de Valeras billigen. Eine Volksabstimmung in Irland sei nicht nur ein Ausweg, sondern das moralische Recht des Irenvolks.

„Daily Expreß" sagt: Sinnfein befindet sich in den Händen der Extremisten, die in der Frage der Trennung Irlands nicht nachgeben wollen. In Irland ist jedoch noch eine andere Strömung vorhanden. Lloyd George wollte dieser Strömung noch einige Tag Zeit geben, sich geltend zu machen, bevor die Aussicht auf Frieden endgültig verschwinde. Es sei bekannt, daß das Dail Eireann in zwei Gruppen geteilt sei. Lloyd Georges Schreiben bedeute, daß die Regierung Irland eine letzte Möglichkeit geben wolle.

Einer Meldung des Blattes aus Dublin zufolge hat das Schreiben Lloyd Georges an de Valera dort Bestürzung hervorgerufen. Man glaubt jedoch, daß der Weg zum Frieden nicht versperrt ist und eine neue Zusammenkunft des republikanischen Kabinetts und des Sinnfein-Parlaments sofort einberufen würde, um sich mit der neuen Lage zu befassen.

Im Leitartikel schreibt „Daily Expreß" die Schuld an dem Zusammenbruch der Verhandlungen de Valera und seinen Freunden zu. Das Blatt bezweifelt, daß de Valera in seinem Schreiben an Lloyd George die Ansicht des Irenvolkes ausgedrückt habe. Wenn die Irländer frei seien, ihre Meinung zu sagen, so würde das Angebot Großbritanniens nicht verworfen worden sein. Dieses Angebot gelte noch.

Die „Times" bezeichnet die Lage als äußerst ernst. Sie schreibt: Es bestehe kein Grund zu zweifeln, daß die britische Regierung bis zur äußersten Grenze dessen gegangen sei, was das Land billigen könne. Die „Times" hofft, daß in Irland die Vernunft doch die Oberhand behalten werde.

„Daily Telegraph" meint, die britische Regierung verhandle mit Personen, die nicht berechtigt seien, für das nationalistische Irland zu sprechen.

Englische Einsicht.

London, 16. Sept. Das Parlamentsmitglied Sir Charles Syles erklärte auf einer Konferenz über die Arbeitslosenfrage, der wahre Grund der Arbeitslosigkeit sei die Verstauung des Weges zu den Auslandskunden Englands. Deutschland sei vor dem Kriege der beste Markt für Wollwaren gewesen.

Amerika — Japan — England.

New York, 16. Sept. Die „New York Times" meldet: Personen, die die Politik des Staatsdepartements genau verfolgen, sind der Ansicht, wenn die Vereinigten Staaten gewisse Garantien sowohl seitens Englands als auch Japans erhalten könnten, Sicherheit der Nichteinmischung in ihre Interessen oder die Interessen ihrer Untertanen, würde das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210917013/fragment/page=0002

Staatsdepartement keine Einwendung gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses erheben, die, wie verlautet, sowohl von England als auch von Japan gewünscht werde.

Rückgabe Schantungs an China?

London, 16. Sept. „Daily Mail" meldet aus Tientsin: Gestern sollten in Tokio und Peking die Bedingungen veröffentlicht werden, unter denen Japan das gesamte Pachtgebiet der Provinz Schantung an China zurückerstatten werde, und zustimme, daß Tsingtau Freihafen wird. Japan werde eine gemeinsame chinesisch-japanische Verwaltung der Schantungbahn von Tsingtau nach China vorschlagen desgleichen der Bergwerke an dieser Bahn und werde China alle von Deutschland erworbenen Rechte zurückerstatten. China erhält die Kontrolle über die Tsingtau-Zölle und die Bergwerke um Tsingtau herum. Sobald China einen wirksamen Eisenbahnschutz geschaffen habe, werde Japan seine Truppen zurückziehen.

Deutsches Reich.

Die „Rote Fahne" erscheint noch immer.

Die verbotene „Rote Fahne" erschien Freitag früh unter dem dritten neuen Titel als „Berliner Mitteilungsblatt der K. P. Deutschlands", obwohl eine Beschlagnahme der „Roten Fahne der Lausitz", als welche sich das verbotene Blatt Donnerstag abend präsentierte, noch nicht ausgesprochen ist. Man darf neugierig sein, ob es dem Reichsamt des Innern gelingen wird, eine weitere Umgehung des Verbotes unmöglich zu machen, bevor dessen dreitägige Frist zu Ende geht.

Minister von Brandenstein Mitglied der S. P. D. Staatsminister von Brandenstein hat sich kurz vor den Wahlen der S. P. D. angeschlossen. Das „Volk" spricht stolz von dem „Genossen von Brandenstein. Bisher bezeichnete sich der Minister als parteilos und galt als Vertrauensmann der Unabhängigen.

Die Hauptversammlung des Leipziger Aerztevorbandes billigt die Fortsetzung des Tarifabkommens mit dem Kassenhauptverbande, verlangt aber mit Wirkung ab 1. Juli mit Rücksicht auf die neuerdings verstärkte allgemeine Teuerung eine allgemeine Erhöhung des laufenden Tarifes. Mit den Unfall- und Berufsgenossenschaften, mit denen bisher eine allgemeine Gebührenvereinbarung gar nicht bestand, schweben Tarifverhandlungen, ebenso mit den privaten Unfallversicherungsgesellschaften. Die von den Gesellschaften angebotenen Gutachtengebühren wurden als zu niedrig einmütig abgelehnt.

Auslands-Rundschau.

Hilfe für Rußland.

Paris, 16. Sept. Wie die Morgenblätter melden, hat die internationale Hilfskommission für Rußland gestern einen Unterausschuß eingesetzt, der eine Note an alle Mächte absenden und sie zur Beratung über die Hilfsmaßnahmen für den 6. Oktober nach Brüssel einladen soll. Zu dem Kongreß werden außer den in der Kommission vertretenen Staaten die neutralen Mächte sowie Deutschland und die an Rußland grenzenden Länder eingeladen werden.

Ein Minister im Gefängnis.

Lissabon, 16. Sept. (Havas.) Minister Pisso wurde wegen Vergehens in Verwaltungsangelegenheiten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Raoul Villaine, der Mörder Jaurès, hat in Reims einen Selbstmordversuch begangen, weil sich sein Vater seinen Heiratsplänen widersetzte. Er schoß sich zwei Revolverkugeln in den Unterleib und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Italiens neue Rekruten. Der Ministerrat hat den Gesetzentwurf über die Ausdehnung des italienischen Rekrutengesetzes auf die neuen Provinzen genehmigt. Mithin werden alle diejenigen, die bereits unter Oesterreich Militärdienst leisteten, in die italienische Liste nochmals eingetragen.

Englisches Geschwader im Bosporus. Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel ist ein englisches Geschwader, bestehend aus fünf Kreuzern und zehn Torpedobootszerstörern, im Bosporus eingetroffen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 17. September 1921.

Tagung der deutschen Städtestatistiker.

Die in der gestrigen Vormittagssitzung angenommenen Leitsätze über eine Wohnungszählung haben folgenden Wortlaut: 1. Die Vornahme einer besonderen, von einer allgemeinen Volkszählung losgelösten Wohnungszählung wird für die nächste Zeit nicht empfohlen. 2. Dagegen empfiehlt sich die weitere Ausgestaltung der Statistiken des Wohnungsbedarfs usw. auf Grund von Wohnungsamts-Statistiken und etwaigen besonderen Enqueten. 3. Mit der bevorstehenden Volkszählung usw. soll nach Möglichkeit eine kommunale Wohnungszählung verbunden werden. 4. Für die Organisation der bevorstehenden Volkszählung usw. und die Einfügung der Wohnungsaufnahme können die Vorschläge von Busch im allgemeinen als sehr geeignet bezeichnet werden. 5. Unter den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen erscheint eine gleichzeitige Befragung sowohl der Hausbesitzer als auch der Haushaltungsvorstände erforderlich. 6. Neben den üblichen, auf ein Mindestmaß zu beschränkenden Fragen einer Wohnungszählung erscheint zurzeit besonders die Feststellung der gewerblichen Benutzung von Wohnräumen und die Feststellung der Zusammendrängung mehrerer Haushalte usw. in einer Wohnung notwendig. 7. Bei Ermittlung der Mietpreise wäre die Frage einzufügen, an wen die Miete gezahlt wird, ob direkt an den Hausbesitzer oder an einen anderen Mieter. 8. Die zu empfehlenden Formblätter für die Wohnungsaufnahme wird die Kommission für Siedlungswesen nach Bekanntwerden der amtlichen Volkszählungsformulare feststellen und den Mitgliedern bekannt geben.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst über den Ort der nächstjährigen Tagung beraten. Vorgeschlagen wurden Magdeburg und Ludwigshafen. Für letzteren Ort hat sich besonders die Deutsche Statistische Gesellschaft eingesetzt. Die Entscheidung über die beiden Orte wurde dem geschäftsführenden Ausschuß überlassen.

Hierauf referierten Dr. Meyer-Nürnberg und Dr. Badtke-Charlottenburg über

Städtevergleichende Finanzstatistik

nach den Vorschlägen von Prof. Dr. Tetzlaff-Berlin, Bürgermeister Dr. Bucerius und der Finanzdezernentenvereinigung. Aus den Darlegungen ergaben sich folgende einstimmig angenommene Leitsätze:

1. Die Not der Zeit spannt die Finanzen der Städte stark an und hat sie besonders dadurch in eine schwierige Lage gebracht, daß ihnen durch die Reichsfinanzgesetzgebung ein Teil ihrer früheren Einnahmen genommen ist und sie bis zu einem gewissen Grade Kostgänger des Reiches geworden sind.
2. Ob und wieweit die Städte unter den veränderten Verhältnissen den an sie gestellten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben auf die Dauer gewachsen sind, wieweit darunter ihre Selbständigkeit leidet, diese Fragen sind nur durch eine interkommunale Finanzstatistik zu beantworten.
3. Eine interkommunale Finanzstatistik setzt nun aber einen für alle Städte einheitlich aufgebauten Haushaltsplan voraus.
4. Dazu ist nötig, daß die Einzel-Haushaltspläne nach Verwaltungszweigen geglidert werden, die nach dem Zweck, denen Ausgaben und Einnahmen dienen, nicht nach der Verwaltungsorganisation, gebildet sind.
5. Da die Städte Aufgaben zu erfüllen haben, die ihrem Zwecke nach verschiedenen Verwaltungsabteilungen zugeteilt werden können, so ist auch die Verteilung der Untergruppen auf die Verwaltungsabteilungen festzulegen.
6. Die Vergleichbarkeit verlangt ein Schema für die Einnahmequellen und die Ausgabezwecke. Welche Ober- und Untergruppen zu bilden sind und welches Schema für die Einnahmequellen und Ausgabezwecke gewählt werden soll, darüber müssen sich in gemeinsamer Verhandlung Verwaltungsbeamte und Statistiker schlüssig werden.
7. Eine vergleichende Finanzstatistik kann nur auf Grund von Brutto- und nicht Nettoetate aufgebaut werden. Doch ist dafür Sorge zu tragen, daß bei den Einzelhaushalten und auch im Haupthaushalt die Nettoziffern zum Ausdruck kommen. Durch die Annahme eines gemeinsamen Schemas, das von allen Städten zu beobachten wäre, würden die Städte in die Lage versetzt, zu ihrer eigenen Information sich ein Bild von dem Haushalt in anderen Städten zu machen, zum anderen gemeinsame Schritte beim Reich zu unternehmen. 8. Der Etat muß das Soll des laufenden, des vergangenen und das des vorvergangenen Jahres enthalten, da eine vergleichende Finanzstatistik sich nur auf den Rechnungszahlen aufbauen kann.
9. Damit in der Fortführung der Gemeindefinanzstatistik keine Lücke entsteht, muß in den gemeinsamen Verhandlungen der Städtestatistiker mit den Finanzdezernenten dahin gestrebt werden, daß, da frühestens der Etat 1922 nach den neuen Grundsätzen aufgestellt werden kann, andererseits die Gemeindefinanzstatistik mit den Istzahlen arbeiten muß, für das Rechnungsjahr 1920 die Istzahlen auf der Unterlage der neuen Grundsätze umgerechnet werden.

Nachdem Dr. Tetzlaff zu der Kritik seiner Vorschläge Stellung genommen hatte, wurde die weitere Aussprache auf heute früh 9 Uhr vertagt.

Vor dem Untersuchungsausschuß

bekundete der ehemalige Betriebsrat vom Leunawerk Koenen, die Diebstähle auf dem Leunawerk hatten sich in letzter Zeit vor dem Aufruhr nicht sichtlich vermehrt, vielmehr sei die Kontrolle schärfer geworden. Früher habe Protektionswirtschaft geherrscht. Dadurch wurden die Dinge zur Katastrophe getrieben, nicht durch irgendwelche Agitation durch K. A. P. D.-Leute. Als die Schupo zur Besetzung Mitteldeutschlands zugerufen worden sei, habe man die gesamte Arbeiterschaft, nicht nur die kommunistische aufgefordert, sich dagegen zu wehren. Der Betriebsrat habe während der Belagerungszeit in enger Fühlung mit dem Aktionsausschuß gestanden. Ein Maschinengewehr habe er nicht gesehen, wenn auch davon gesprochen worden sei. Dadurch seien die Notstandsarbeiten unterbrochen worden. Die Minderproduktion des Werkes während der Aufruhrzeit habe 50—60 Prozent gegenüber der sonstigen Erzeugung betragen.

Heute waren ferner eine Anzahl Polizei- und Verwaltungsbeamte als Zeugen geladen. Polizeikommissar Unger der in Halle und Umgegend tätig war, glaubt, daß eine militärisch organisierte Rote Armee in gewissem Maße vor dem Aufstand vorhanden war. Man habe z. B. Generalstabskarten und Akten mit Angaben über die militärische Ausbildung der Mitglieder gefunden. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Zeuge, in der Wohnung des Rechtsanwaltsbürovorstehers Langheinrich habe man die militärische Zentralleitung für Halle ausgehoben. Dabei sei z. B. auch Ferry gefaßt. Der Zeuge Reinand, der vom 24. März bis 25. August 1920 Polizeidirektor von Halle war, hat gleich nach dem Kapp-Putsch mehrfach Waffen bei rechtsstehenden Elementen gefunden. Er hat die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben, was daraus geworden ist, weiß er nicht. In anderen Fällen hatten die Nachfuchungen keinen Erfolg.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der ersten Sitzung nach der Sommerpause berichtete zunächst Herr Erchenbrecher über neue geologische Vorkommen am Schnedenstein im Vogtlande. Es handelt sich zunächst um den Pinit, der durch Verwitterung aus Diabas-Porphyrit entstanden ist. Ferner wurde Pyknit, ein grobstrahliger, graugelber Topas, an der neuen Straße von Muldenberg nach Klingenthal gefunden. Außer diesen Gesteinsarten wurde noch Wolframit in Kristallform vorgelegt. Sehr interessant ist auch eine in der Nähe von Oelsnitz gefundene Pseudomorphose von Quarz nach Flußspat in Oktaedern und Rhobendodekaedern.

Weiter sprach Dr. Knietsche über Beobachtungen der Großtierwelt an der Küste von Amrum. Einen Teil der gefiederten Welt kann man in den Vogelkojen kennen lernen, eigenartigen Massenfangvorrichtungen, die bildlich demonstriert wurden. Die wilden Enten werden mit Hilfe zahmer Artgenossen auf Süßwasserteiche gelockt, die zipfelartig in Priele und Reusen endigen. Manche Entenarten fallen allerdings nicht auf Süßwasser ein, wie Brand- und Eiderente. Eine zweite Vogelgruppe sind die Möwenarten, vor allen fällt die prächtige Silbermöve auf, die sehr gefräßig ist und durch Vertilgung der Abfälle nützt. Weiter sind Sturm-, Herings-, Lach- und Mantelmöve zu nennen. Letztere erscheint Ende Juli, sie brütet auf den Hebriden. Die Seeschwalben gehören gleichfalls zu den Möven, die Raubseeschwalbe ist bei uns fast ausgestorben. Ferner wurden beobachtet: Wasserläufer, Uferschnepfen, Kiebitze und Stare, graue Reiher waren wohl dorthin verflogen. Der Austernfischer tritt als Warner für die andern Vögel auf. Das Sammeln der Vogeleier in den Kolonien ist, wenn es sachgemäß und maßvoll betrieben wird, dem Bestehen der Arten nicht gefährlich. Sinnloses Wegschießen hat z. B. auch den Seehund seltener gemacht, den Redner ziemlich nahe beim Schollenfang beobachten konnte.

Dr. Knietsche legte weiter eine Reihe von Eiern vor. Das Ei der Sternschildkröte nähert sich der Kugelgestalt und ist weit poröser in der Schale als ein Vogelei. Von letzteren wurden zwei Zwergbildungen vorgewiesen, von der Türkenente und dem Perlhuhn, letzteres aus einem Gelege von 27 normalen Eiern. Die Türkenente hat übrigens mit der Türkei nichts zu tun, richtiger hieße sie Moschusente, da das Bürzeldrüsensekret nach Moschus riecht. Diese Drüse muß nach dem Schlachten sofort entfernt werden, damit das Fleisch nicht den durchdringenden Geschmack annimmt und dadurch ungenießbar wird. Die Ente schnattert nicht, kann ohne Schwimmwasser auskommen, läßt sich an das Nest gewöhnen, ist also dem Kleintierzüchter recht zu empfehlen. Die Entstehung der Zwergeier ist noch nicht genügend geklärt. Nahrungsmangel liegt in diesen Fällen nicht vor.

Endlich wurde noch das große, feinschalige Ei des australischen Telegallahuhns demonstriert, das bei uns höchst selten gehalten wird. Das Tier legt in der Heimat die Eier in Haufen von Laub, Kompost und Erde. Es findet somit eine Art künstlicher Bebrütung statt, und die Eier sollen vom Vogel sogar nachts besser mit der wärmenden Masse bedeckt werden. Die ausschlüpfenden Jungen sind sofort selbständig und halten sich überhaupt nicht bei den Eltern auf. Nach 1½ Jahre sind sie fortpflanzungsreif. An pflanzlichen Objekten wurde der Maisbrand (Ustilago Maydis) an der Wirtspflanze vorgezeigt. Die bis faustgroßen Beulen sind von einer Unmenge olivbrauner Sporen erfüllt. Endlich berichtete Lehrer Dieck über die Beobachtung zweier Biber am hohen Elbufer gegenüber der Saalemündung. K. P.

Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes.

Am Freitag, den 9. d. Mts. fand im „Schultheiß", Merseburger Straße, die 3. Vertreterversammlung des am 16. Juni d. J. begründeten Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes statt. Dem Ortskartell sind alle im Deutschen Beamtenbund vereinigten Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von ca. 8000 angeschlossen.

Der neugewählte Vorstand des Ortskartelles setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Eisenbahn-Obersekretär Bretschneider, Forsterstr. 44; 2. Vorsitzender: Stadtsekretär Nilius, Dessauer Platz 1; 3. Vorsitzender: Lehrer Hecht, Forsterstr. 10; 1. Schriftführer: Magistr.-Sekretär Mehlhorn, Meckelstr. 18; 2. Schriftführer: Eisenbahn-Obersekretär Sperl, Halberstädter Str. 7; 3. Schriftführer: Taubstummenlehrer Müller, Yorkstr. 4; 1. Kassierer: Rentmeister Beyer, Ernst-Moritz-Arndt-Str. 5; 2. Kassierer: Steueraspirant Tauchnitz; 3. Kassierer: Sparkasseninspektor Gehrke, Wolfstr. 16.

Im Vordergrunde des Interesses der Verhandlungen stand die abgeschlossene Teuerungsaktion der Beamtenschaft. Bei allen Vertretern bestand darin Uebereinstimmung, daß die von der Regierung getroffenen Maßnahmen für den weitaus größten Teil der Beamtenschaft sowie für die Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen ungenügend sind. Wie unsozial die Regierungsmaßnahme wirkt, geht besonders daraus hervor, daß z. B. am hiesigen Orte ein Beamter der Besoldungsgruppe II zu seinem bisherigen Einkommen von 9853 Mk. eine Zulage von 1416 Mk. erhält, während das bisherige Einkommen eines Beamten der Gruppe XIII von 28 724 Mk. um 4128 Mk. jährlich erhöht wird. Einstimmig wurde von den Versammelten folgende Entschließung angenommen, die den maßgebenden Stellen übermittelt worden ist.

„Die am 9. September 1921 versammelten Vertreter des Ortskartells Halle des Deutschen Beamtenbundes, das ca. 8000 Beamte umschließt, erheben mit großer Entrüstung schärfsten Einspruch gegen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Notlage der Beamtenschaft. Da der Reichsfinanzminister in seinen Ausführungen niemals einen Zweifel darüber hat aufkommen lassen, daß die bestehende Notlage vor allem die unteren Besoldungsklassen treffe, so muß es um so mehr befremden, wenn jetzt von der Regierung durch die geplante Aufhebung der Teuerungszulagen ein Weg beschritten wird, welcher dieser Auffassung direkt entgegensteht. Es muß verlangt werden, daß vor allem den Beamtengruppen, die unter der jetzt bestehenden Teuerung am schwersten zu leiden haben, gleichmäßig geholfen wird. Die versammelten Vertreter sehen in einer so unsozialen Regelung, wie sie durch die getroffene prozentuale Erhöhung der Teuerungszuschläge geschaffen worden ist, keine Grundlage, die bestehende Not nur einigermaßen zu beseitigen und fordern, daß sofort geeignete Schritte unternommen werden, einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Auch für die im Ruhestand befindlichen Beamten muß eine sofortige Erhöhung ihrer gänzlich unzureichenden Bezüge eintreten."

Hinsichtlich der Kündigungsfrist der Fernsprechteilnehmer gilt vom 1. Oktober ab nach der neuen Fernsprechordnung die Bestimmung, daß der Teilnehmer und die Telegraphenverwaltung das Teilnehmerverhältnis jederzeit zum Ende eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten schriftlich kündigen können. Die Kündigung gilt noch als rechtzeitig bewirkt, wenn sie dem anderen Teile am dritten Werktage des Kalendervierteljahres zugeht, zu dessen Ende das Teilnehmerverhältnis gelöst werden soll. Sie kann sich auf die Gesamtheit oder auf einzelne Teile der Einrichtungen erstrecken. Wird eine Kündigung vor Aufhebung der Einrichtungen zurückgezogen, so hat der Teilnehmer der Telegraphenverwaltung die von ihr schon aufgewendeten Kosten, mindestens 20 Mark für nutzlose Verwaltungsarbeit, zu erstatten. Für die Dauer der Schließung eines Anschlusses werden künftig die laufenden Gebühren auf Antrag anteilmäßig erstattet, wenn der Anschluß länger als 14 Tage ununterbrochen vollständig außer Betrieb war. Das gleiche gilt, wenn ein Anschluß ohne Verschulden des Inhabers aus technischen Ursachen betriebsunfähig geworden ist und die Unterbrechung, nachdem sie zur Kenntnis der Telegraphenverwaltung gelangt ist, länger als 14 Tage dauernd bestanden hat.

Die Hallenschen Kinomusiker, die gestern in den Streik getreten sind, entfalteten in den Nachmittagsstunden in den Straßen der Stadt eine emsige Propagandatätigkeit für das Fernbleiben des Publikums von den Kinos. Rote Plakate mit der Aufschrift: „Bleibt dem Kino fern!" wurden durch die Stadt getragen und vor den größeren Kinos standen Streikposten, die Zettel verteilten und denen ebenfalls aufgefordert wurde, Solidarität zu üben und die Streikenden zu unterstützen. Aber wie es den Anschein hatte war auch hier von Solidarität nicht viel zu spüren: Die Kinos waren stark besucht.

Provinzial-Nachrichten.

Zusammenbruch des Metallarbeiterstreikes.

Magdeburg, 15. Sept. Bei der im Laufe des Donnerstag in den Streiklokalen vorgenommenen Urabstimmung der Ausständischen hat sich die Mehrzahl der im Streik befindlichen Arbeiterschaft für die Annahme des Vorschlages des Oberpräsidenten und damit für die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag vormittag ausgesprochen. In den Kreisen der Metallarbeiter besteht wenig Neigung zum Abbruch des Streikes, weil sie nach wie vor die vom Oberpräsidenten vorgeschlagene Stundenlohnzulage von 1,25 Mark als nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210917013/fragment/page=0003

genügend erachten. Immerhin kommt für die Entscheidung über die Wiederaufnahme der Arbeit die Gesamtheit der Arbeiterschaft in Betracht, so daß die Extratour der Metallarbeiter kaum irgend etwas an dem Beschluß für die Beendigung des Streikes ändern kann. Aus diesem Grunde hat denn auch die Zentralstreikleitung einen Aufruf erlassen, in der zur Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag aufgefordert wird.

„Professor Otto Otto".

In Nr. 422 der „Saale-Zeitung" veröffentlichten wir einen Aufsatz, den Professor Dr. Konrad Alt in den „Aerztlichen Nachrichten", dem Organ der Aerztekammern der Provinz Sachsen, über den Psychotherapeuten Otto Otto (eigentlich Otto Schlesinger) schrieb. Als Erwiderung darauf schreibt uns nun Prof. Otto Otto:

Unwahr ist, daß mir die Berufsbezeichnung „Professor" der besseren Reklame halber erwünscht war, wahr dagegen ist, daß ich diese Bezeichnung als Anerkennung meiner Leistungen auf einem in Deutschland im Gegensatz zum Auslande noch wenig bekannten Gebiete, im Interesse der Gleichberechtigung dieser Wissenschaft angenommen habe.

Unwahr ist, daß ich „Wissen" mache, wahr dagegen ist, daß die Patienten in die Kuranstalt kamen und mir vom Arzte angewiesen wurden. Auf die Auswahl der Patienten hatte ich keinen Einfluß. Unwahr ist, daß ich den dirigierenden Arzt mit einem Ministergehalt besoldet habe, wahr dagegen ist, daß der Facharzt ebenso wie auch ich, Angestellte der Kuranstalt G. m. b. H. waren.

Unwahr ist, daß ich Geldschneiderei gegenüber einem kleinen Privatangestellten, einem Packer, ausgeübt haben soll, wahr dagegen ist, daß ich sowohl wie der Anstaltsarzt die Behandlung dieses Patienten als aussichtslos abgelehnt haben. Auf Drängen des Vaters, der sich nicht abweisen ließ, nahm ich doch noch versuchsweise die Behandlungen des betr. Patienten vor und schrieb derselbe nach achttägiger Behandlung durch mich seit Jahren die erste logisch zusammenhängende Postkarte nach Hause und äußerte der Vater über die erzielten Erfolge seine Dankbarkeit.

Vater und Sohn blieben 10 Tage in einem der ersten Hotels in Schierke, anstatt in billigen Privatlogis; die dadurch entstandenen Unkosten wie auch die sonstigen Behandlungskosten sind mir in keiner Weise zur Last zu legen, sondern tarifmäßig von der Kuranstalt bezw. dem Hotel berechnet.

Unwahr ist, daß ich irgendwelchen „Gimpelfang" betrieben habe, wahr dagegen ist, daß ich auf die Gestaltung der tarifmäßigen Kur- und Hotelpreise keinen Einfluß hatte.

Unwahr ist, daß ich „ohne irgend einen Nachweis meiner Befähigung" mich als „Psychotherapeut" niedergelassen habe, wahr dagegen ist, daß die zahlreichen, von mir geheilten, oft von den Aerzten direkt mir überwiesenen Patienten aller Bevölkerungskreise in Stadt und Land, meine Befähigung für die von mir ausgeübte psychotherapeutische Tätigkeit beweisen.

Prof. Otto Otto,
zur Zeit Blankenburg, Fürstenhof.

* **Querfurt**, 16. Sept. (Sie werden nicht alle!) Seit einiger Zeit ging bei einem Einwohner K. in Thaldorf ein Mann ein und aus, der sich als ein Flüchtling Otto Binder aus Barnstedt, beim Landwirt Otto dort in Arbeit stehend, ausgab und mit der Tochter ein Verhältnis unterhielt. Vor kurzer Zeit mißbrauchte B. die Gutmütigkeit des K. und erbat sich von ihm 800 Mk. K. gab das Geld und B. hinterließ zur Sicherheit einen versiegelten Brief, der 420 000 Mk. ausländische Obligationen enthalten sollte. Nach einiger Zeit war K. neugierig, was in dem Brief in Wirklichkeit enthalten sei. Er öffnete ihn und sah zu seinem größten Erstaunen, daß der Brief nur zerrissene Papierstücke enthielt. Wie das „Querfurter Tageblatt" berichtet, ist der Schwindler seit Sonntag spurlos verschwunden.

u. **Weißenfels**, 16. Sept. (Zur Linderung der Notlage) der Ortsarmen, Rentenempfänger usw., erklärte sich der Kreisbauernverein Weißenfels bereit, 5000 Zentner Kartoffeln unentgeltlich zu liefern. Auch dem Kreistage ist ein Antrag zur Bewilligung namhafter Mittel für diesen Zweck unterbreitet worden.

Staßfurt, 16. Sept. (Theatersorgen.) Zur Sicherung der Zukunft des Stadttheaters ist auch hier nach dem Vorbild anderer Städte die Gründung einer Theatergemeinde beschlossen worden. An der zahlreich besuchten Gründungsversammlung nahmen die Bürgermeister von Staßfurt-Leopoldshall und Güsten sowie die Vertreter der Gemeindeverwaltungen von Löderburg und Förderstedt teil. Aus der lebhaften Aussprache ergab sich, daß der Gedanke der Theatergemeinde von den teilnehmenden gemeindlichen Behörden im weiten Umfange gefördert wird und daß alles getan werden soll, das Theater, dem für den Winter eine erhöhte Subvention in Aussicht gestellt ist, dem Staßfurt-Leopoldshaller Bezirk zu erhalten. Nach den Versicherungen der Theaterdirektion soll im Winter das Schauspiel und Lustspiel eine erhöhte Pflege finden, so daß Gewähr gegeben ist, daß das Theater zu einem künstlerischen und geistigen Mittelpunkt für die gesamte Bevölkerung wird.

Sport der „Saale-Zeitung".

Zuverlässigkeitsfahrt „Durch Schlesiens Berge."

Nach siebenjähriger Pause veranstaltete der Gau IX Schlesien des ADAC. zum ersten Mal wieder seine klassische und in Sportkreisen als harter Prüfstein bekannte Fahrt „Durch Schlesiens Berge" über 250 Kilometer. Für die Bewertung ausschlaggebend war ein 6 Kilometer langes Bergrennen auf dem schwierigen Reichensteiner Kamm, der bis zu 12 Prozent Steigungen aufweist. Sieger im Bergrennen sowie im Gesamtergebnis blieb der bereits mehrmalige Sieger Herr Hielscher auf 9/50 PS. Presto, während der zweite Platz in der gleichen Klasse für Fahrzeuge über 8 Steuerpferde von einem Wagen desselben Fabrikates belegt wurde. Dieser Erfolg des neuen Presto-Modelles, das in wesentlichen Konstruktionsteilen von der bisher üblichen Bauart abweicht und eine Reihe wichtiger, patentamtlich geschützter Einzelteile aufweist, ist durch die Duplizität der Ereignisse besonders bemerkenswert, denn kurze Zeit vorher ergab die A. D. A. C.-Bergprüfungsfahrt am Pöhlberg genau das gleiche Resultat. Einen wesentlichen Anteil an diesen Siegen hatte das gute, in den Kurven stark beanspruchte Pneumatikfabrikat von Continental, das sich jedem ausländischen Erzeugnis ebenbürtig zur Seite stellt.

Voraussagen für Leipzig.

Sonnabend, den 17. September.

1. R. Widerhall — Frühmorgen; 2. R. Hammerfest — Magnate 3. R. Enver — Oberfeldherr; 4. R. Hausfreund — Immerarün: 5. R. Sotaris — Wirbel; 6. R. Berliner— Luftibus; 7. R. Landstreicher — Schicksal.

Voraussagen für Hamburg.

1. R. Heilscher — Stall Beit; 2. R. Philomele — Hofnarr; 3. R. Komaran — Mittelstraße; 4. R. Feierabend — Clatus; 5. R. Stall Beit — Cisebogar; 6. R. Romberg — Talismann; 7. R. Inka — Flucht.

Der Große Preis von Karlshorst (3500 Meter) im Werte von 150 000 Mark, der am Montag, 10. Oktober, zur Entscheidung gelangt, vereint unter den 44 genannten Pferden das Beste, was wir an älteren Steeplern zur Verfügung haben. Pferde wie Harlekin, Albani, Hunding, Pillao, Alerich, Mæmolata, Justanella, Corsar, Lorbas, Thunichtgut, Gnere velem, Steinberger, Malachit, Biedermann II, Bennewar, Feierabend, Escadron, Katte, Lallo, Philline, Hanswurst, Bernstein und Lucifer versprechen einen äußerst spannenden Verlauf.

Eine neue dreimal 1000-Meter-Rekordstaffel dürfte demnächst in der Reichshauptstadt zustande kommen. Wie wir erfahren, ist der bekannte Mittelstreckenläufer von Massow aus dem Berliner Sportklub ausgetreten und gehört dem Zehlendorfer Sportverein an. Dieser Verein verfügt dann mit v. Massow, dem deutschen Meister Köpke und dem brandenburgischen Meister Langkutsch über eine 3000-Meter-Staffel, die imstande sein sollte, den Weltrekord der Schweden von 7 Minuten 56,8 Sek. zu unterbieten.

Vermischtes.

Europa-Rundflug.

Paris, 16. Sept. In Laboureuse ist gestern ein Flugzeug mit einem Führer und zwei Passagieren, darunter ein amerikanischer Milliardär, gelandet, das soeben, wie Havas meldet, einen Rundflug durch Europa beendet hat. Es ist am 24. August in London aufgestiegen und hat die Strecke Paris, Brüssel, Amsterdam, Bremen, Kopenhagen, Stockholm, Christiania, Berlin, Warschau, Prag, Wien, Venedig, Mailand, Genua, Marseille, Paris in der Zwischenzeit zurückgelegt. Nach dem „Petit Parisien" handelt es sich um den Passagier Morgan.

Eine Hundertjährige. Ihren 100. Geburtstag beging in Alt-Gandersheim (Braunschweig) die Witwe des früheren Ortsvorstehers Probst, Frau Wilhelmine Probst. Die Greisin erfreut sich trotz ihres hohen Alters des besten Wohlbefindens.

Der Berliner Massenmörder Großmann hat gestern nachmittag ein weiteres Geständnis abgelegt, wonach er Anfang August eine Frau ermordet hat. Bei der Zerstückelung der Leiche sei er von einer Nachbarsfrau unterstützt worden. Diese ist nun gleichfalls verhaftet worden.

Der außerordentlich heftige Orkan, der, wie schon berichtet, seit Tagen in Belgien und Frankreich wütet, schwere Schäden anrichtet und z. B. den Turm einer Brüsseler Kirche eingestürzt hat, suchte gestern besonders schwer verschiedene Ortschaften Nordfrankreichs heim. In der Gegend von Ypern wurde von der Kirche von Zantvoorde das Dach durch den Sturm fortgerissen und etwa 100 Meter weit auf den englischen Friedhof getragen. Auch eine größere Anzahl von Wohnhäusern wurde hier zerstört.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Flucht der Orka aus Rosenheim.

München, 16. September. (Eigene Drahtnachricht). **Die demokratische süddeutsche Presse in München hatte vor einiger Zeit Enthüllungen über die Kappistenzentrale in Salzburg und über Versammlungen von berüchtigten Kappisten wie Ehrhardt, Papst und Bischof bei der Orka (Organisation Kanzler) in Rosenheim gebracht, die das größte Aufsehen erregten. Wir sind heute in der Lage, aus zuverlässiger Quelle mitzuteilen, daß die Orka in Rosenheim in den letzten Tagen anscheinend unter dem Eindruck der letzten Vorgänge im Zusammenhang mit der Aufklärung des Erzbergermordes ihre Geschäftsräume in Rosenheim fluchtartig verlassen und nach Salzburg, wo die bekannte Kappistenzentrale ist, verlegt hat. Auch Papst, der seine Verbindung mit Ungarn aufrecht erhält, ist mit der Orkaleitung nach Salzburg gezogen. Auch der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Leutnant Brand, dem bei der Urteilsverkündung ausdrücklich Bewährungsfrist versagt worden ist, wurde in Rosenheim sichtbar, da ihm nach Ablauf der halben Strafzeit noch Bewährungsfrist erteilt worden ist.**

Eine Erklärung der ungarischen Gesandtschaft.

Die ungarische Gesandtschaft in Berlin erklärt gegenüber anderslautenden Meldungen, daß Admiral Horthy seit seiner Wahl zum ungarischen Reichsverweser das ungarische Staatsgebiet nie verlassen habe, mithin sowohl die Nachricht von seinen Besuchen in Bayern als auch die darangeknüpften Kombinationen erfunden seien.

Die Arbeitslosenunruhen in Liverpool.

DA. **London**, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Anläßlich der schweren Arbeitslosenunruhen, die sich am Mittwoch in Liverpool abgespielt haben und in einem regelrechten Sturm der Arbeitslosen auf die berühmte Walker-Kunstgalerie gipfelten, hat die Polizei sehr umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. Bisher sind 150 an den Ausschreitungen beteiligte Personen hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Unter ihnen befindet sich auch der Führer der Liverpooler Arbeitslosen, der protestantische Pastor Bint Laughland, der bei den Unruhen eine erhebliche Kopfwunde davontrug. Die immer dringlicher werdende Arbeitslosenfrage in England hat alle der Arbeiterpartei angehörenden Bürgermeister Groß-Londons veranlaßt, in einer Sondersitzung den Beschluß zu fassen, am Montag, den 19. d. M. in corpore nach Inverness zu Lloyd George zu fahren, um mit ihm die Arbeitslosenkrise und die Mittel zu ihrer Abhilfe zu erörtern.

Neue japanisch-chinesische Verhandlungen über Kiautschau.

DA. **London**, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Hier eingetroffene Depeschen melden die Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Japan und China in der Kiautschau-Frage. Japan knüpfe an die Rückgabe des Gebiets mehrere neue Bedingungen, namentlich solle Kiautschau Freihafen werden, und die Schantungbahn durch eine gemischte japanisch-chinesische Gesellschaft betrieben werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Ernüchterung, welche sich in der abgelaufenen Woche an den großen Börsen infolge der einschneidenden Maßnahmen der Börsenvorstände bemerkbar machte, hat am hiesigen Markte nur insoweit eingewirkt, als es den Handel in unnotierten Werten betraf, der sich naturgemäß in ständiger Abhängigkeit von den Vorgängen an den Hauptbörsenplätzen befindet. Dem starken Entlastungsbedürfnis, das sich nach den Ueberteibungen der Vorwoche auf diesem Gebiete geltend machte, konnte nur eine verhältnismäßig geringe Nachfrage entgegengestellt werden, so daß die Rückschläge ein erhebliches Maß erreichten. Der Kuxenmarkt ging unberührt von diesen Vorgängen seine eigenen Wege. Am Kohlenkuxenmarkte regte die Kohlenpreiserhöhung zu starken Meinungskäufen an, sodaß es auf der ganzen Linie bei lebhafterer Geschäftstätigkeit zu mehr oder minder großen Preissteigerungen kam. Von schweren Werten hatten Graf Bismarck und König Ludwig die Führung mit einem Gewinn von etwa 30 000 Mark, dem sich Ewald mit 25 000 Mark anschloß. Im Zusammenhang hiermit waren Gerüchte über neue Transaktionen im Umlauf, deren Grundlagen jedoch nicht nachzuprüfen waren. Größere Käufe wurden ferner in Graf Schwerin und Langenbrahm vorgenommen, die um etwa 10 000 Mark gesteigert wurden. Von mittleren Werten fanden lebhafte Umsätze in Johann Delmelsberg zu stark schwankenden Preisen statt, während Carolus Magnus und Gottesseegen bei umfassenden Käufen um etwa 5 bis 6 000 Mark anzogen. Zu ungefähr letzten Preisen waren Heinrich, Blankenburg, Alte-Haase und Trappe im Verkehr. Von linksrheinischen Unternehmungen standen Diergardt im Vordergrund mit einer Steigerung von etwa 6 000 Mark. Zu anziehenden Preisen wurden Wilhelmine Mevissen aus dem Markte genommen, während Möns Kuxe angeboten blieben. Lothringer Bergbau Aktien fielen nach anfänglichem Interesse bei nachlassendem Geschäft um etwa 20% zurück. Für Adler Bergbau Aktien trat im Zusammenhang mit Meldungen über eine vorläufige Verständigung der Gesellschaft mit der Glanzstoff-Gruppe stärkere Kaufbeziehr hervor, die bei großem Geschäft zu einer Steigerung von 30% führte. Am Braunkohlenmarkte standen mitteldeutsche Unternehmungen in Nachfrage, wovon besonders Leonhardt und Michel Vorteil ziehen konnten. Zukunft Aktien wurden billiger zum Verkauf gestellt. Am Kalimarkte war eine wesentliche Einschränkung der Geschäftstätigkeit zu verzeichnen, die mit einer allgemeinen Senkung des Preisstandes verbunden war. Das Angebot war jedoch keineswegs drängend, und auf der ermäßigten Grundlage wurden vielfach Meinungskäufe vorgenommen. Alexandershall und Sachsen-Weimar, die eine Ausnahme von der Abschwächung machten, wurden auf Meldungen über einen geplanten Umtausch in Wintershall Kuxe zeitweilig stärker begehrt und gewannen etwa 4 000 Mark. Größere Nachfrage machte sich für Glückauf-Sondershausen Kuxe geltend, die ihren Preis um etwa 2 000 Mark erhöhen konnten. Von sonstigen Werten lag die Hohenfels-Gruppe nach den vorausgegangenen Steigerungen vorwiegend im Angebot. Die Werte der Burbach-Gruppe, die kleineren Werte der Wintershall-Gruppe und die Emil Sauer-Werte wurden gleichfalls billiger zum Verkauf gestellt. Lebhafteres Interesse zeigte sich hingegen für die Werte der Gumpel-Gruppe im Zusammenhang mit Gerüchten über eine bevorstehende Transaktion mit der Heldburg Gesellschaft. Elsässische Werte waren gleichfalls billiger erhältlich. Am Kaliaktienmarkt wurden Heldburg in großen Beträgen zu ungefähr letzten Preisen aus dem Markte genommen, während Halleische, Adler, Hannoversche, Justus, Krügershall und Ronnenberg Kaliwerke Aktien etwa 10 bis 15% einbüßten. Am Markte der Freiverkehrswerte verloren Benz, Hansa Lloyd, Deutsche Lastauto, Stahlwerk Becker, Chem. Rhenania, Wolf-Buckau, Halbach Maschinen u. a. etwa 30 bis 50%. Zu anziehenden Preisen wurden Rudolf Karstadt und Gebrüder Alsberg in großen Beträgen aus dem Markte genommen. Vorübergehendes Interesse für Mansfelder Kuxe ließ bei Wochenschluß wieder nach.

Weitere Ausdehnung des Engelhardt-Konzerns. Die Engelhardt-Brauerei A.-G. hat die Herkules-Bierbrauerei A.-G. zu Greifswald erworben. Der Betrieb wird unter der Firma Engelhardt-Brauerei, Abteilung Greifswald, weiter geführt, die Angestellten werden übernommen. Zu der Brauerei gehört eine Mälzerei.

Französische Ein- und Zweifrankenstücke in Aluminium. Von morgen ab werden von der Bank von Frankreich die neuen Ein- und Zweifranken-Geldstücke, die aus Aluminium bestehen, ausgegeben. Bisher ist eine Ausgabe von 40 Mill. vorgesehen.

(Wiederholt, da nur in einem Teil der Auflage.)

Rauhfutterpreise.

Berlin, 16. Septbr. (Telegramm.) Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 18—19, Haferstroh desgleichen 22 bis 25, Stroh leingebündelt 15½—17, Langstroh do. 18—19, Wiesenheu gtu gesund und trocken 64—72, do. gesund und trocken 50—56, Kleeheu 81—88, alles ab Stationen.

Produktenbericht.

Berlin, 16. Sept. (Telegramm.) Der Produktenmarkt war wenig belebt. Die Käufer beobachteten Zurückhaltung, die Tendenz zeigte daher zum großen Teil eher eine Abschwächung. Für Weizen war ziemliches Angebot am Markt bei nachgebenden Forderungen. In Roggen bestand einige Nachfrage für den Umtausch gegen Weizen. Wintergerste war gesucht, von Sommergerste waren nur gute Qualitäten gefragt. Hafer bewahrte bei geringem Angebot ruhige, aber feste Haltung. Mais war bei geringem Umsatz hier billiger wie in Hamburg zu kaufen. Oelsaaten neigten später zur Schwäche. Speiseerbsen lagen etwas matter. Für Futterhülsenfrüchte sowie für Lupinen und Seradella machte sich kaum großes Interesse bemerkbar. Auch andere Futterstoffe blieben vernachlässigt.

Metallnotierungen.

Berlin, 16. September. (Telegramm.) Raffinade-Kupfer 98—99proz. 2625—2650; Orig.-Hüttenweichblei 970—980; Orig. Hüttenzinkzink im freien Verkehr 970—980; ab Dtsch. Hütte. Preis des Z. H. B. 1037; Remelted Plattenzink 770—790; Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gekerbten Blöckchen) 4100; Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 4275; Zinn (Banca, Straits, Austral) 6300—6400; Hüttenzinn mindestens 99proz. 6200—6300; Reinnickel 98—99proz. 5500—5600; Antimon 975; Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1950—1960; Elektrolytkupfer (per 100 Kg.) 3027.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 16 September 1921.

Chemnitzer Bankverein	—	Mansfelder Kuxe	6950
Leipziger Hypoth. Bank	174,00	Oelsnitzer Kuxe	1425,00
Mitteld. Privatbank	—	Pittler, Leipzig	601,00
Crößwitzer Papierfabk.	610,00	Prehlitzer Stamm-Akt.	—
Glauziger Zuckerfabk.	1025,00	Priorit.-Akt.	2700,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	5,50	Riebeckbler	450,00
Hallesche Zuckerraff.	780,00	• Vorzugs-Akt.	118,00
• Zementfabk.	—	Rositzer Zuckerraff.	705,00
Hugo Schneider, Paunsd.	469,00	Rudelsburger Zementfabk.	675,00
Körbisd. Zuckerfabk.	—	Sachsenwerk	495,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	940,00	Sonnermann u. Stier	468,00
Leipziger Malzfabrik	—	Stöhr & Co.	1500,00
		Zimmermann, Halle	439,00
		Zimmermann, Chemnitz	455,00

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Martin Fauchwanger; für den Anzeigenteil: K. Krinke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210917013/fragment/page=0004